

Meldungen

zusammengestellt von Jürgen Clemens

Meinungsumfrage zu den pakistanischen Atomwaffentests

Unmittelbar vor den pakistanischen Atomwaffentests gab das Nachrichtenmagazin 'Newline' (Karachi) eine Meinungsumfrage in den vier Provinzhauptstädten des Landes in Auftrag. Insgesamt wurde ein Querschnitt von 850 Erwachsenen befragt.

Nach den Umfrageergebnissen fordern zwei Drittel der Befragten unverzüglich eigene pakistanische Atomwaffentests, ein Sechstel zu einem späteren Zeitpunkt und gerade ein Viertel sprach sich gegen solche Tests aus. In einer früheren 'Newline'-Umfrage von 1994 votierten mehr als drei Viertel der Befragten generell für eine pakistanische Atomwaffenrüstung.

Als Bündnispartner gegen Indiens Atomwaffenbedrohung wünschen sich in der neuen Umfrage 86 Prozent China und nur zwölf Prozent die USA. Mehr als drei Viertel gaben zudem an, daß sie auch bei zusätzlicher amerikanischer Wirtschaftshilfe nicht zu einem Atomwaffenverzicht bereit seien.

Detailliertere Analysen zeigen zudem, daß die Zustimmung zum pakistanischen Atomwaffenprogramm in Peshawar und Quetta größer ist als in Karachi und Lahore. Mit zunehmendem formalen Bildungsgrad nimmt die Ablehnung der pakistanischen Atomrüstung zu.

Auslands-Pakistaner zur Unterstützung aufgefordert

Zur Finanzierung und Sicherstellung der nationalen Sicherheit und Selbstversorgung Pakistans wurde ein Fond ('National Self-Reliance Fund') eingerichtet, der von der pakistanischen Staatsbank überwacht wird. In einem Fernsehinterview rief Premier Sharif die Bevölkerung zu Einzahlungen in diesen Fond auf, um die erwarteten Sanktionen ausgleichen zu können. Nach seinen Angaben war die Resonanz überwältigend. Von Auslands-Pakistanern seien 351 Millionen US-Dollar überwiesen worden, wie die pakistanische Tageszeitung 'The Dawn' berichtet. Demgegenüber wurde bekannt, daß in Deutschland lebende Pakistani Spendenaufrufe der pakistanischen Botschaft in Bonn erhielten, die sie zur finanziellen Unterstützung Pakistans auffordern (vgl. Kasten).

Zusätzlich forderte Premier Sharif den

Minister für Pakistaner im Ausland auf, unter den Auslands-Pakistanern zusätzlich zu den üblichen Geldüberweisungen eine weitere Milliarde US-Dollar einzuwerben. In den zehn Monaten vor den Atomwaffentests wurden private Mittel in Höhe von rund 1,2 Milliarden US-Dollar nach Pakistan überwiesen.

Sharif selber rief während einer Auslandsreise nach Saudi Arabien und Großbritannien seine Landsleute auf, jeden Monat mindestens 1.000 US-Dollar an ihre Familien in Pakistan zu überweisen und illegale Geldtransfers einzustellen.

Sharif-Besuch in Frankfurt abgesagt

Im Rahmen seiner privaten Reise nach Großbritannien und Kanada wurde ein Zwischenstopp des pakistanischen Premiers in Frankfurt erwartet, wo er vor 500 Landsleuten um weitere Unterstützung der erforderlichen nationalen Sparmaßnahmen werben wollte. Wie aus diplomatischen Kreisen bekannt wurde, erfolgte von pakistanischer Seite die Absage dieser Veranstaltung, nachdem das Bonner Auswärtige Amt es ablehnte, Sharif eine Bühne für seine Politik zu bieten.



Embassy of Pakistan
Rheinallee 24
53173 Bonn
Tel. 0228/95 53-0
Fax 0228/95 53-210

سفارت خانہ پاکستان، بون، جرمنی

- قومی خود انحصاری فنڈ -

- NATIONAL SELF-RELIANCE FUND -

عزیز ہمسوطنو -

28 مئی 98ء پاکستان کی تاریخ میں ایک یادگار دن کے طور پر محفوظ ہو چکا ہے۔ اس دن قوم نے خود انحصاری اور خودداری کا جو مظاہرہ کیا ہے۔ اس سے پاکستانی قوم کا سر اقوام عالم میں فخر سے بلند ہوا ہے۔ اس فیصلے کے نتیجے میں ہم جن معاشی مشکلات سے دوچار ہو سکتے ہیں۔ اس سے نکلنے کا ایک ہی راستہ ہے۔ کہ ہم زندہ اقوام کی طرح اس کا بہادری اور بہمت سے مقابلہ کریں۔

اس سلسلے میں وزیراعظم پاکستان نے قومی خود انحصاری فنڈ کا اعلان کیا ہے۔ تمام محبان پاکستان سے گزارش ہے۔ کہ وطن کے تحفظ اور خوشحالی کے لیے اس فنڈ میں دل کھول کر عطیات دیں۔ آپ کی سہولت کے لیے نیشنل بینک آف پاکستان فرینکفرٹ نے درج ذیل اکاؤنٹ کھولا ہے۔

NATIONAL SELF-RELIANCE FUND

A/C No. 99082

BLZ 50130000 (NATIONAL BANK OF PAKISTAN
FRANKFURT)

عطیات جرمنی کے کسی بھی بینک سے نیشنل بینک کے مذکورہ بالا اکاؤنٹ میں بھیجے جا سکتے ہیں۔

Brief, den Pakistaner in Deutschland von der pakistanischen Botschaft erhalten haben.

Devisenreserven im Schwund

In der Woche zwischen dem 6. und dem 13. Juni fielen die Devisenreserven der pakistanischen Staatsbank um 54 Millionen US-Dollar auf nunmehr 1,081 Milliarden US-Dollar. Banker führen diesen Rückgang auf den Abzug von Kapital und Einlagen sowie die Zurückhaltung von privaten Geldüberweisungen zurück. Wie pakistanische Tageszeitungen berichten, können solche Devisenüberweisungen nicht auf pakistanischen Devisenkonten gutgeschrieben werden. Nawaz Sharif ließ diese Konten, mit Einlagen von rund zehn Milliarden US-Dollar, am 29. Mai sperren, um der befürchteten Kapitalflucht vorzubeugen.

Aufruf zur Drosselung des Teekonsums

Mit dem Ziel, Devisen einzusparen rief Premier Nawaz Sharif die Bevölkerung auf, den Konsum des Nationalgetränks Tee drastisch einzuschränken. Ob dieser Aufruf tatsächlich eingehalten wird, läßt sich bislang noch nicht abschätzen, doch werden in den Medien staatliche Förderprogramme für den heimischen Teeanbau gefordert.

Pakistan gilt als der zweitgrößte Teeimporteur der Welt und zahlt jährlich rund sieben Milliarden Rupien (ca. 280 Millionen DM) für Teeimporte, dem fünfgrößten Importposten Pakistans. Etwa 60 Prozent dieser Importe stammen aus Kenia.

Untersuchungen im Rahmen eines 1986 begonnenen landwirtschaftlichen Versuchsprogrammes nahe Mansehra weisen darauf hin, daß im Hügel- und

Bergland von Hazara, Swat und Azad Kashmir ausreichend Land mit geeigneten Böden verfügbar sei, um Pakistan mit schwarzem Tee versorgen zu können. Bislang scheitert die Teeproduktion jedoch an der langen Wuchszeit der Teepflanzen, bis diese ausreichende Erträge liefern, weshalb umfangreiche staatliche Förderprogramme für die anbauwilligen Bauern erforderlich sind.

Kontroversen um Kalabagh Damm erneuert

Im Zuge der nationalen Sparprogramme nach den Atomwaffentests sowie des noch nicht abgeschlossenen Streits um die Tarife der privaten Stromerzeuger (siehe dazu 'Südasiens', 3/98) wurde von Seiten der Regierung unter Premier Sharif der Bau des Kalabagh Dammes im Indus-Tal angekündigt. Dieses schon seit Jahren umstrittene Mehrzweckprojekt soll die Wasserversorgung der Landwirtschaft verbessern und insbesondere die Stromerzeugung ausbauen, um somit auch Erdölimporte ersetzen zu können.

Nachdem sich die Weltbank aus diesem Projekt zurückgezogen hatte, wird dessen Realisierung als eine nationale Aufgabe herausgestellt, für die unter befreundeten Staaten der islamischen Welt um finanzielle Unterstützung geworben werden soll.

Schon im Vorfeld der Bauankündigung brachen alte Kontroversen um diesen Damm zwischen dem Punjab einerseits und der North-West Frontier Province (NWFP) sowie dem Sindh andererseits auf. Politiker im Sindh befürchten die Dominanz des Punjab, als Oberlieger des Indus, bei der Wasserverteilung,

während in der NWFP große landwirtschaftliche Flächen für den Stausee geopfert werden müßten.

Im Sindh haben sich nun auch die 'Awami National Party' (ANP), der ehemalige Koalitionspartner der Sharif-Regierung, sowie die 'Peoples Party' (Shaheed Bhutto) dem parteienübergreifenden 'Anti-Kalabagh Dam Action Committee' angeschlossen. Auch die MQM wird zur Teilnahme aufgefordert, um bei diesem Streit keine Fraktionierung entlang ethnischer Differenzen entstehen zu lassen. Einige Stimmen im Sindh verstehen die Bauankündigung gar als offene Kriegserklärung und rufen zum Boykott der Agrarsteuern auf.

Von offizieller Seite wird wiederholt betont, daß der Kalabagh Damm nur dann gebaut werde, wenn darüber ein allgemeiner Konsens erzielt werden kann. Zugleich ruft die Zentralregierung dazu auf, die Entscheidung über den Damm nicht zu politisieren sondern vielmehr nach technischen Kriterien zu fällen.

Pikanterweise ist der Kalabagh-Damm bislang nicht im Budget des aktuellen Fünfjahresplanes enthalten, wie die Tageszeitung 'The Dawn' berichtet. Da die Bauzeit des fünf-Milliarden-US-Dollar-Projektes jedoch die Laufzeit dieses Planes überschreite, müßten noch nicht die vollen Beträge bereitgestellt werden.



Wie eine Umfrage ergab, befürwortet die Mehrheit der Pakistaner die Atomversuche ihres Landes
(Foto: K.M. Chaudhry)

Weitere Pakistan-Berichte
im Teil 'Südasiens-Titelthema'
in dieser Ausgabe.